

## Ob das gut geht?



Foto: Jörg Carstensen – picture alliance

Erst einmal eine gute und eine schlechte Nachricht. Eine gute Nachricht für zwei Grüne und jeweils einen SPD, CDU und AfD-Abgeordneten. Denn die Nachzählung in Mitte hat ergeben, dass der SPD-Abgeordnete Thomas Isenberg nicht sechs, sondern zehn Stimmen vor dem Grünen Tilo Siewer liegt. Wegen des knappen Ergebnisses hatte Siewer beim Verfassungsgericht die Wahl angefochten. Hätte Siewer beim Nachzählen gewonnen, verlören die Grünen zwei und CDU und AfD jeweils ein Ausgleichsmandat. Der Leiter der Geschäftsstelle der Landeswahlleiterin, Geert Baasen, sagte am Mittwoch der BZ, „seine Behörde sehe aufgrund der Stellungnahme des Bezirkswahlamtes keinen Grund, das Ergebnis in dem von den Grünen beanstandeten Stimmbezirk anzuzweifeln. Bei der Nachzählung sei der Vorsprung von Isenberg (SPD) vor Siewer (Grüne) auf 10 Stimmen gestiegen.“ Die schlechte Nachricht ist, dass der Steuerzahler nun doch 160 statt „nur“ 156 Abgeordnete finanzieren muss.

Die Landeswahlleiterin hat inzwischen das endgültige Ergebnis der Wahl am 18. September mitgeteilt. Umfangreichen und detaillierten Listen kann man entnehmen, wie viele Stimmen wer wo bekommen hat. Unter diesem Link sind alle Einzelheiten nachzulesen.

[https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/zweitstimmen\\_gemeinde-1-berlin\\_gesamt.html](https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/zweitstimmen_gemeinde-1-berlin_gesamt.html)

Das endgültige Ergebnis sieht also so aus: 1. Zahl = Erststimmengesamtergebnis – 2. Zahl = Zweitstimmengesamtergebnis – 3. Zahl = BVV-Gesamtergebnis: SPD: 24,8 / 21,6 / 23,4 – CDU: 19,8 / 17,6 / 18,6 – Grüne: 15,8 / 15,2 / 16,7 – Linke: 15,4 / 15,6 / 15,3 – FDP: 5,6 / 6,7 / 5,7 – AfD: 14,1 / 14,2 / 13,6 %. Die

BZ hat beim Zweitstimmenergebnis die Zahl der Wähler ins Verhältnis zu den Wahlberechtigten gestellt. Da sieht alles schon ein wenig anders aus. Demnach haben 352.430 Wahlberechtigte die SPD gewählt, das entspricht 14,2 Prozent aller 2.485.379 Wahlberechtigten. Auf Platz zwei folgt die CDU mit 287.997 Stimmen = 11,6 Prozent aller Wahlberechtigten. Die Linke haben 255.701 Wahlberechtigte gewählt = 10,3 Prozent. Grüne: 248.324 Wähler = 10,0 Prozent. AfD 231.492 = 9,3 Prozent und 109.500 haben bei der FDP ihr Kreuz gemacht = 4,4 Prozent. Nur noch 28.332 Wähler wollten, dass die Piraten weitermachen, klägliche 1,1 Prozent.

„Die SPD ist künftig mit 38 Abgeordneten im Landesparlament vertreten, darunter 28 Direktkandidaten. Die CDU kommt auf 31 Abgeordnete, von denen 21 direkt über die Erststimmen gewählt wurden. Linke und Grüne haben je 27 Abgeordnete, darunter je 12 Direktkandidaten, die AfD 25 Mandate, darunter 5 Direktkandidaten. Einer von ihnen, Kay Nerstheimer, verzichtete bereits auf seine Fraktionszugehörigkeit. Er soll auch aus der AfD ausgeschlossen werden. Die FDP sitzt mit 12 Abgeordneten im Landesparlament“, schreibt die BZ.

Eine Koalition muss aus mindestens 81 Abgeordneten bestehen. Rot-Rot-Grün kommt auf 92, Rot-Schwarz-Gelb auf 81 und Rot-Schwarz-Grün auf 96. Sage also niemand, es gäbe keine Alternative zu R2G. Der BZ-Kolumnist Gunnar Schupelius hat für sich die Koalitionsfrage schon beantwortet. Er kritisiert, dass Raed Saleh behauptete, die Menschen sehnten sich „nach einer stabilen Koalition, die ruhig und an Sachfragen orientiert arbeitet“, damit aber Rot-Rot-Grün meine, anstatt eine Koalition „der Mitte, bestehend aus SPD, CDU und FDP oder auch SPD, FDP und Grünen. „Er (Saleh)“, so Schupelius, „meint also, er käme dem Volk, das der SPD abhanden kam, dadurch wieder näher, dass er die Partei komplett nach links rückt. Das verstehe wer will. Raed Saleh will die verlorenen Wähler zurückgewinnen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass er damit irgendeinen hinter dem Ofen vorholt.“

Naturgemäß ist die CDU, nunmehr eine von drei Oppositionsparteien, wenn auch die größte, von Rot-Rot-Grün nicht begeistert. Generalsekretär Kai Wegner schreibt: „Wenn sich Linke aller Couleur zusammenfinden, regiert erfahrungsgemäß Ideologie statt Vernunft. Thüringen ist ein mahnendes Beispiel, dass Rot-Rot-Grün einem Land schadet. Berlin regiert man nicht mit links, denn unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen. Die Aufholjagd, die Ber-

lin in den letzten Jahren hingelegt hat, droht ein jähes Ende zu nehmen. Statt einer seriösen Haushaltspolitik müssen sich die Berlinerinnen und Berliner darauf einstellen, dass ihr Steuergeld künftig mit vollen Händen für linke Prestigeprojekte verausgabt wird. Das geht zu Lasten zukünftiger Generationen, die die Schuldenlast einmal abtragen müssen. In der Schulpolitik droht die Abschaffung des Gymnasiums. Die Kinder würden einmal mehr zu Versuchskaninchen linker Experimente gemacht. Fatal ist, dass weite Teile von Rot-Rot-Grün unsere Polizeikräfte eher als Gegner betrachten denn als Garant der Ordnung und Sicherheit. Die Vielfalt in Berlin muss auf sicheren Fundamenten ruhen.

SPD, Linke und Grüne werden unsere Stadt spalten, denn nicht-linkes Denken wird in Berlin künftig marginalisiert. Die CDU bleibt die Kraft der Mitte. Als Stimme der bürgerlichen Vernunft sind wir das Sprachrohr für alle, die einen Linksruck ablehnen und mit Rechtspopulisten nichts zu tun haben wollen." Letzter Satz in der Pressemitteilung: „Unterstützen Sie die Arbeit der CDU Berlin mit einer Spende.“ Mal sehen. Nur eine Anmerkung: Niemand hat die Absicht, die Gymnasien abzuschaffen.

Für Tagesspiegel-Chefredakteur Lorenz Maroldt beginnen heute die Koalitionsverhandlungen „gefühl nicht mit drei, sondern vier Parteien: Die Sozialdemokraten treten nach dem Infight der vergangenen Tage wohl eher getrennt nach Landesverband und Fraktion an.“ Der Tagesspiegel fragte seine Leser, wofür Rot-Rot-Grün ein Signal wäre. Hier meine drei Lieblingsantworten: Platz 3: „... für das Ende des politischen Stillstands und der Langeweile in Berlin, mehr aber auch nicht“ (Manfred Fügler). Platz 2: „... geteiltes Leid, gedritteltes Leid“ (Klaus Rodominsky). Und die absolute Nummer 1: „... dass es die SPD geschafft hat, trotz der verzweifelte Versuche des Tagesspiegels und der Springerpresse weiter zu regieren“ (Angelika Spring). Es spricht wiederum für den Tagesspiegel, dass er diese Antworten veröffentlicht.

So, und nun? Rot-Rot-Grün sei zum Erfolg „verdamm!“ schreiben einige. Das klingt dramatisch. Aber es stimmt natürlich. SPD, Linke und Grüne müssen liefern. Im Augenblick scheint das größte Problem der Linken und Grünen zu sein, auf Augenhöhe mit der SPD verhandeln zu dürfen und später die Koalition zu führen. Seine Richtlinienkompetenz wird der Regierende Bürgermeister kaum gegen seine Koalitionspartner einsetzen. Der Senat besteht neben dem Regierenden Bürgermeister aus zehn

Senatorinnen und Senatoren. Vier davon stehen der SPD zu, je drei den Linken und Grünen. In der Summe haben Linke und Grüne die Mehrheit im Senat. Auch diese werden sie nie gegen die SPD einsetzen. Das ganze Vorhaben ist auf Harmonie angelegt.

Alle Parteien können sich nur über die von ihnen verwalteten Ressorts profilieren. Die Verteilung der Posten dürfte deshalb der spannendste Punkt in den Verhandlungen sein. Bis Mitte November soll feststehen, wer welches Ressort bekommt und wer an der Spitze stehen wird. Die Verhandlungspartner tun gut daran, keine Mails zu schreiben, nicht zu twittern und auch facebook in Ruhe zu lassen. Dennoch werden wir in den nächsten Wochen in den Tageszeitungen immer wieder Spekulationen vor allem über die Personalbesetzung lesen. Zumindest drei Mitglieder des neuen Senats dürften feststehen. Michael Müller, Klaus Lederer und Ramona Pop. Von den elf Senatsmitgliedern ist Müller jedoch der einzige, der vom Abgeordnetenhaus gewählt werden muss. Die anderen zehn Senatsmitglieder ernannt er dann. Scheitert Müller, scheitert die Koalition bevor sie angefangen hat. Das ist aber äußerst unwahrscheinlich, denn auf die Stimmen von Linken und Grünen wird sich Michael Müller verlassen können. Und auch auf die aus den eigenen Reihen. Denn wie äußerte sich Raed Saleh in einem Interview der Berliner Zeitung vom 1. Oktober 2016?

Berliner Zeitung: Ist Michael Müller der richtige Mann, um ein Dreierbündnis zu führen und auf Augenhöhe mit den Partnern umzugehen?

**Saleh: „Definitiv.“**

Berliner Zeitung: Wird die Fraktion Michael Müller zum Regierenden Bürgermeister wählen?

**Saleh: „Definitiv. Geschlossen, wie immer.“**

Berliner Zeitung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass er 100 Prozent der Stimmen bekommt?

**Saleh: „Natürlich.“**

Klare Worte, was will man mehr. Und wie lautet Salehs Botschaft an die Berlinerinnen und Berliner?

**Saleh: „Habt keine Angst vor einer rot-rot-grünen Koalition. Wir Sozialdemokraten sorgen dafür, dass die Stadt bezahlbar bleibt und dass alle etwas davon haben, wenn es ihr gutgeht.“**

Schöner hätte man es nicht sagen können.

**Ed Koch**